

Insolvenzen 2021: Licht und Schatten – leichter Anstieg von niedrigem Niveau erwartet

- Staatliche Unterstützungsmaßnahmen zeigen Wirkung: Insolvenzen in Deutschland bleiben auch 2021 künstlich niedrig: +6% Zuwachs, von niedrigem Niveau kommend
- Rückkehr zur neuen Normalität: moderater Anstieg erst mit Auslaufen der Unterstützungsmaßnahmen erwartet
- 2022 Zuwachs um voraussichtlich 15% erwartet, auf in etwa das Insolvenzniveau von 2017
- Gegen den Trend: 2020 fast doppelt so viele Großinsolvenzen (58) als im Vorjahr (32)
- Risiko Insolvenzantragspflicht: Nur wenige Unternehmen fallen unter die weitere Aussetzung bis Ende April, viele sind sich dessen aber nicht bewusst und könnten in Haftungsrisiken schlittern

Hamburg, 29. März 2021 – Gute Nachrichten für die deutschen Unternehmen: Insolvenzen bleiben trotz eines leichten Anstiegs um rund 6% auch 2021 voraussichtlich auf künstlich niedrigem Niveau. Die Fallzahlen dürften im laufenden Jahr sogar geringer ausfallen als vor der Pandemie im Jahr 2019. Der Grund dafür sind die umfangreichen Maßnahmenpakete, um die Folgen der Covid-19-Pandemie für die Unternehmen teilweise abzufedern. Mit der Verlängerung und Ausweitung dieser Maßnahmen Ende 2020 erwartet Euler Hermes auch für 2021 keinen sprunghaften Anstieg der Firmenpleiten. Ausgehend von den aktuellen Rahmenbedingungen prognostiziert der weltweit führende Kreditversicherer in seiner aktuellen Analyse zwar einen Zuwachs der Insolvenzen in Deutschland im Jahr 2021 um 6%, allerdings erst ab dem zweiten Halbjahr und von sehr niedrigem Niveau kommend.

Erst im Laufe von 2022 dürften die Pleiten um rund 15% zunehmen. Die Fallzahlen 2022 dürften dann jedoch nur etwa 4% höher liegen als 2019, vor der Pandemie. Das entspricht in etwa dem Niveau von 2017. Damit steht Deutschland im internationalen Vergleich gut da.

Entkoppelt: Insolvenzentwicklung hängt nicht vom Markt, sondern von Hilfsmaßnahmen ab

„Es ist paradox: Trotz einer der größten Wirtschaftskrisen sind Insolvenzen in Deutschland im vergangenen Jahr mit rund -15% deutlich auf einen neuen Niedrigstand seit 1993 gesunken“, sagt Ron van het Hof, CEO von Euler Hermes in Deutschland, Österreich und der Schweiz. „Das zeigt, wie stark die Insolvenzentwicklung von der tatsächlichen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und dem aktuellen Zustand der Unternehmen entkoppelt ist.“

Die Insolvenzentwicklung ist derzeit nicht von Marktmechanismen, sondern von der weiteren Entwicklung und dem Fortbestand von Unterstützungsmaßnahmen abhängig.

„Das wird nicht ewig so weitergehen“, sagt Van het Hof. „Aber auch mit der sukzessiven Rückkehr in eine neue Normalität ist ein umgehender oder sprunghafter Anstieg dadurch erst einmal nicht in Sicht. Für deutsche Unternehmen ist dies zunächst eine gute Nachricht in diesen herausfordernden Zeiten.“

Trotz des erneuten und verlängerten Lockdowns, der viele Branchen empfindlich trifft, sind mit zunehmendem Impffortschritt die gesamtwirtschaftlichen Aussichten für 2021 relativ gut, und am Horizont winkt ab voraussichtlich dem zweiten Halbjahr ein „Nachhol-Boom“ sowie eine deutliche wirtschaftliche Erholung.

Spagat: Finanzen genau im Blick behalten und strategische Weichen stellen

„Gerade jetzt ist es wichtig, dass die Unternehmen einerseits ihre Finanzen ganz genau im Blick behalten und andererseits heute schon strategische Weichen für die Zukunft stellen“, sagt Van het Hof. „Das ist manchmal ein Spagat, denn nicht bei allem ist aktuell genügend Spielraum für Investitionen. Dennoch birgt jede Krise Chancen. Wir haben im letzten Jahr gesehen, dass einige Unternehmen diese genutzt und kreative Konzepte entwickelt haben und damit sehr erfolgreich sind.“

Vorsicht: Steigende Großinsolvenzen – wenn es kracht, dann richtig

Die Entwicklung ist allerdings sehr uneinheitlich. Firmen sollten deshalb weiterhin wachsam bleiben und ganz genau auf ihre Abnehmer schauen:

„Unternehmen sollten weiterhin auf ein sorgfältiges Risikomanagement achten und sich weder allein durch die jüngste Insolvenzentwicklung in falscher Sicherheit wiegen noch von großen und bekannten Namen täuschen lassen“, sagt Van het Hof. „Trotz insgesamt rückläufiger Fallzahlen sind in Deutschland die erwarteten Forderungsverluste, also die Schäden, die den Unternehmen voraussichtlich durch die Insolvenzen entstehen, deutlich gestiegen: von 26,3 Milliarden EUR im Jahr 2019 auf über 42 Milliarden EUR¹ im Jahr 2020. Zudem haben sich 2020 große Insolvenzen in Deutschland gegen den allgemeinen Trend fast verdoppelt, mit entsprechenden Schneeballeffekten auf die Lieferketten.“

58 große Unternehmen (mit einem Jahresumsatz von mehr als 50 Millionen Euro) rutschten 2020 in die Pleite gegenüber 32 im Vorjahr (+81%) – trotz der bis zum Herbst letzten Jahres komplett ausgesetzten Insolvenzantragspflicht. Die großen Insolvenzen häufen sich in vielen Branchen, in denen die Gesamtzahl der Fälle deutlich rückläufig war, wie beispielsweise im Einzelhandel. Das zeigt vor allem, dass große Unternehmen eine Insolvenz häufiger als Sanierungsinstrument nutzen, während kleine und mittelständische Unternehmen 2020 durch die ausgesetzte Insolvenzantragspflicht geschützt wurden.

Risiko Insolvenzantragspflicht: Nur wenige Unternehmen fallen unter die weitere Aussetzung

Seit 1. Oktober 2020 gilt die Insolvenzantragspflicht wieder für den Insolvenzgrund der Zahlungsunfähigkeit. Lediglich für den Insolvenzgrund der Überschuldung – unter den nur ein geringer Prozentsatz der Insolvenzen fällt – blieb die Antragspflicht weiterhin ausgesetzt. Die kürzlich beschlossene Verlängerung der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht bis Ende April 2021 betrifft ebenfalls nur einen relativ kleinen Kreis an Unternehmen: Nur diejenigen Firmen mit Insolvenzreife, die bereits staatliche Hilfgelder beantragt haben, die jedoch noch nicht ausgezahlt wurden, fallen darunter. Der Antrag allein reicht allerdings nicht aus, sondern es müssen noch eine Reihe weiterer Kriterien erfüllt werden: Das Unternehmen darf erst durch die Covid-19-Pandemie in Schwierigkeiten geraten sein, der Antrag auf Hilfgelder muss Aussicht auf Erfolg haben, und vor allem müssen die beantragten Hilfgelder ausreichen, um die Insolvenzreife zu beseitigen.

„Dünnes Eis“: Haftungsrisiken für Unternehmen, Blindflug bei Lieferanten

„Viele Unternehmen sind sich nicht bewusst, dass die Insolvenzantragspflicht nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen weiterhin ausgesetzt bleibt“, sagt Van het Hof. „Das ist ein großes Risiko. Wir gehen davon aus, dass einige, insbesondere kleine Unternehmen, eigentlich bereits Insolvenz anmelden müssten. Der erneute und verlängerte Lockdown hat oft zu größeren finanziellen Belastungen geführt, als die beantragten Hilfgelder abfedern können. Diese Firmen bewegen sich damit zum Teil auf sehr dünnem Eis und könnten so unwissentlich in Haftungsprobleme schlittern. Daher sollten Unternehmen genau prüfen, ob sie die entsprechenden Voraussetzungen für die Aussetzung erfüllen. Für die Lieferanten ist dies ebenfalls problematisch und die Unsicherheit dadurch umso größer. Sie sind teilweise im Blindflug unterwegs, weil sie gar nicht wissen, ob Abnehmer tatsächlich noch zahlungsfähig sind.“

Neues Sanierungsinstrument StaRUG – nicht auf Gehälter und Pensionszusagen anwendbar

In Deutschland haben Unternehmen mit Sanierungsbedarf seit Januar 2021 durch das Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz (StaRUG) jedoch eine zusätzliche Möglichkeit zur außerinsolvenzlichen Sanierung, ähnlich wie beim „Chapter 11 Verfahren“ in den USA. Sie können durch das neue Gesetz – bei Zustimmung der Mehrheit der Gläubiger (75%) zum Sanierungsplan – ihre Schulden reduzieren. Allerdings gibt es auch hier Einschränkungen: Das Sanierungsverfahren kann nur von Unternehmen genutzt werden, die nicht bereits aktuell zahlungsunfähig sind, bei denen dies jedoch vermutlich in den kommenden 12-24 Monaten eintreten dürfte (drohende Zahlungsunfähigkeit)². Zudem kann es nicht für Forderungen der Arbeitnehmer (z.B. Gehälter) oder Pensionskassen angewendet werden (z.B. Pensionszusagen). Auch eine einseitige Beendigung von Dauerschuldverhältnissen (z.B. Mietverträgen) ist im Zuge des Verfahrens nicht möglich.

¹ Januar-November 2020

² Dieser Prognosezeitraum ist derzeit wegen der Covid-19-Pandemie unter bestimmten Umständen auf 0-12 Monate verkürzt.

Die vollständige Studie finden Sie im Anhang sowie hier:

https://www.eulerhermes.de/content/dam/onemarketing/ehndbx/eulerhermes_de/dokumente/202103-euler-hermes-insolvenzupdate-final.pdf

Pressekontakt:

Euler Hermes Deutschland (Hamburg)

Antje Wolters

Pressesprecherin

Telefon: +49 (0)40 8834-1033

Mobil: +49 (0)160 899 2772

antje.wolters@eulerhermes.com

Euler Hermes ist weltweiter Marktführer im Kreditversicherungsgeschäft und anerkannter Spezialist für Kautions- und Garantien, Inkasso sowie Schutz gegen Betrug oder politische Risiken. Das Unternehmen verfügt über mehr als 100 Jahre Erfahrung und bietet seinen Kunden umfassende Finanzdienstleistungen an, um sie im Liquiditäts- und Forderungsmanagement zu unterstützen.

Über das unternehmenseigene Monitoring-System verfolgt und analysiert Euler Hermes täglich die Insolvenzentwicklung von mehr als 80 Millionen kleiner, mittlerer und multinationaler Unternehmen. Insgesamt umfassen die Expertenanalysen Märkte, auf die 92% des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) entfallen.

Mit dieser Expertise macht Euler Hermes den Welthandel sicherer und gibt den weltweit über 66.000 Kunden das notwendige Vertrauen in ihre Geschäfte und deren Bezahlung. Als Tochtergesellschaft der Allianz und mit einem AA-Rating von Standard & Poor's ist Euler Hermes im Schadensfall der finanzstarke Partner an der Seite seiner Kunden.

Das Unternehmen mit Hauptsitz in Paris ist in über 50 Ländern vertreten und beschäftigt rund 5.800 Mitarbeiter weltweit. 2020 versicherte Euler Hermes weltweit Geschäftstransaktionen im Wert von EUR 824 Milliarden.

Weitere Informationen auf www.eulerhermes.de

Social Media



CEO Blog [Ron van het Hof](#)



LinkedIn [Euler Hermes Deutschland](#)



XING [Euler Hermes Deutschland](#)



YouTube [Euler Hermes](#) Deutschland



Twitter [@eulerhermes](#)



Hinweis bezüglich zukunftsgerichteter Aussagen: Die in dieser Meldung enthaltenen Informationen können Aussagen über zukünftige Erwartungen und andere zukunftsgerichtete Aussagen enthalten, die auf aktuellen Einschätzungen und Annahmen der Geschäftsführung basieren, und bekannte und unbekannte Risiken sowie Unsicherheiten beinhalten, aufgrund derer die tatsächlichen Ergebnisse, Entwicklungen oder Ereignisse von den hier gemachten Aussagen wesentlich abweichen können. Neben zukunftsgerichteten Aussagen im jeweiligen Kontext spiegelt die Verwendung von Wörtern wie „kann“, „wird“, „sollte“, „erwartet“, „plant“, „beabsichtigt“, „glaubt“, „schätzt“, „prognostiziert“, „potenziell“ oder „weiterhin“ ebenfalls eine zukunftsgerichtete Aussage wider. Die tatsächlichen Ergebnisse, Entwicklungen oder Ereignisse können aufgrund verschiedener Faktoren von solchen zukunftsgerichteten Aussagen beträchtlich abweichen. Zu solchen Faktoren gehören u.a.: (i) die allgemeine konjunkturelle Lage einschließlich der branchenspezifischen Lage für das Kerngeschäft bzw. die Kernmärkte der Euler-Hermes-Gruppe, (ii) die Entwicklung der Finanzmärkte einschließlich der „Emerging Markets“ einschließlich Marktvolatilität, Liquidität und Kreditereignisse, (iii) die Häufigkeit und das Ausmaß der versicherten Schadenereignisse einschließlich solcher, die sich aus Naturkatastrophen ergeben; daneben auch die Schadenkostenentwicklung, (iv) Stornoraten, (v) Ausmaß der Kreditausfälle, (vi) Zinsniveau, (vii) Wechselkursentwicklungen einschließlich des Wechselkurses EUR-USD, (viii) Entwicklung der Wettbewerbsintensität, (ix) gesetzliche und aufsichtsrechtliche Änderungen einschließlich solcher bezüglich der Währungskonvergenz und der Europäischen Währungsunion, (x) Änderungen der Geldpolitik der Zentralbanken bzw. ausländischer Regierungen, (xi) Auswirkungen von Akquisitionen, einschließlich der damit verbundenen Integrationsthemen, (xii) Umstrukturierungsmaßnahmen, sowie (xiii) allgemeine Wettbewerbsfaktoren jeweils in einem örtlichen, regionalen, nationalen oder internationalen Rahmen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit vieler dieser Faktoren kann durch Terroranschläge und deren Folgen noch weiter steigen. Das Unternehmen übernimmt keine Verpflichtung, zukunftsgerichtete Aussagen zu aktualisieren.